Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 67. | Dresden, Dienstag den 25. März 1913. | 24. Jahrg.

An unsere Leser!

Zum bevorstehenden Vierteljahrswechsel ersuchen wir alle unsere Leser und Leserinnen, mit zielbewußtem Eifer für **die Werbung neuer Volkszeitungs-Abonnenten** tätig zu sein. Die ernsten Geschehnisse der gegenwärtigen Zeit machen es mehr denn je notwendig, daß die Angehörigen des arbeitenden Volkes sich immer vollzähliger zu derjenigen Zeitung bekennen, die unentwegt kämpft für die Hebung der Lebenslage der werktätigen Massen, für Freiheit und Völkerfrieden.

Sowohl in der auswärtigen wie in der inneren Politik des Deutschen Reiches spielen sich Ereignisse ab, die auf das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse, auf die gesamte Fortentwicklung unserer Zustände die bedeutendsten Wirkungen ausüben werden. Entscheidungen von allergrößter Tragweite sollen getroffen werden.

Noch ist der Balkankrieg nicht zu Ende, noch ist die Besorgnis nicht verscheucht, daß aus diesem Kriege die Gefahr schwerster europäischer Verwicklungen heraufsteigt. Da wird **Europa von wildem Rüstungsfieber** ergriffen und furchtbar geschüttelt. Die Regierung des Reiches, nachdem sie erst in den letzten Jahren zwei Militärvorlagen durchgeführt hat, tritt auf die Schwelle des Reichstags mit einer abermaligen Militärvorlage, die an Größe, an Umfang der persönlichen und finanziellen Opfer alles weitaus übertrifft, was jemals gefordert wurde. Zugleich wollen in atemloser Hast auch die anderen Staaten, Frankreich und Rußland und Oesterreich-Ungarn und andere, ihre militärischen Kräfte verstärken. In ungeheuerlichstem Maße sollen Gut und Blut der Völker für Militarismus und Marinismus in Anspruch genommen werden. Und — anstatt daß auf diese Weise, wie man vorgibt, der Friede gesichert würde — es droht immer furchtbarer der Weltkrieg, die Hinmetzelung von hunderttausenden Menschen, die Vernichtung aller kulturellen Werke. In solcher Zeit, wo alle bürgerlichen Parteien feig vor dem Molochbild des Militarismus in die Knie sinken, **ist es die erhabene Aufgabe der Sozialdemokratie, für Menschlichkeit und Kultur, für wahre Vaterlandsliebe und friedliche Verständigung zwischen den Völkern zu streiten!**

Aber nicht nur der Kampf um die Militärvorlage selbst wird alsbald im Reichstag entbrennen, sondern ebenso **der Kampf um ihre Bezahlung.** Hierüber wird nicht so leicht die Einigkeit der wortpatriotischen Parteien zu erzielen sein, da sich jeder Teil der besitzenden Klasse nach altbewährter Uebung von der Zahlung zu drücken versucht. Es ist gewiß **ein nicht zu verachtender Erfolg der sozialdemokratischen Politik,** daß sich jetzt die Regierung genötigt sieht, den Vermögenden die Aufbringung der Kosten für die einmaligen Neuforderungen der Militärvorlage zuzumuten. Aber es zeigt sich, daß die Vermögenden die Absicht haben, durch eine einmalige Abgabe sich von den fortdauernden Abgaben möglichst zu befreien. Diese schwer drückenden Lasten sollen nach wie vor den arbeitenden Schichten des Volkes auferlegt bleiben. Da ist es wiederum die Sozialdemokratie, die den scheinpatriotischen Heuchlern die Maske vom Gesicht reißen wird.

Auch sonst stehen bedeutsame Auseinandersetzungen bevor. In Preußen wird bald der Landtagswahlkampf entbrennen und dieser preußische Wahlkampf ist eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Die gesamte innere Politik Preußens und Deutschlands steht unter dem Zeichen der Frage, ob die einseitige, brutale, auf dem verruchten Dreiklassen-Wahlsystem beruhende Junkerherrschaft fortdauern oder ob es gelingen soll, einer freiere Entwicklung die Bahn zu brechen. Junker und Großkapitalisten **schreien nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft,** drücken auf die Regierung, daß sie nicht die geringste freiere Bewegung zuläßt, diktatorisieren und tyrannisieren die Beamten und Lehrer, die Angestellten und Arbeiter. Diese übermütig herrschende Schicht hindert jede ernstliche Reform in der Sozialpolitik, in der Zollpolitik, in der Steuerpolitik, im Wohnungswesen, im Schulwesen, in allen Angelegenheiten des wirtschaftlichen und geistigen Gedeihens des Volkes.

Der Kampf gegen das Junkertum und gegen das ausbeuterische Kapital muß in der bevorstehenden Zeit mit aller Schärfe geführt werden. In diesem Kampfe mitzuhelfen — **das ist Ehrenpflicht aller freiheitliebenden Männer und Frauen des werktätigen Volkes.** Von den Erinnerungen an das Jahr 1813, in denen jetzt die bürgerliche Presse überschwenglich schwelgt, kann in unseren Tagen das arbeitende Volk nicht satt werden. Es gilt, **heute den Befreiungskrieg zu führen!**

Soll aber dieser Befreiungskrieg mit Nachdruck und immer mehr Erfolg geführt werden, so ist es eine gebieterische Notwendigkeit, daß die volksfeindliche Presse aus den Wohnstätten des arbeitenden Volkes ausgemerzt wird. Nur törichtester Unverstand kann die Zeitungen unterstützen, die offen oder versteckt die Politik der Herrschenden vertreten. Jeder denkende Mann und jede verständige Frau des werktätigen Volkes kann leicht erkennen, daß nur im Blatt der klassenbewußten Arbeiterschaft die erforderliche Aufklärung über alle politischen Ereignisse gegeben wird und daß nur die Volkszeitung ehrlich und entschieden den Kampf für die Wohlfahrt und den kulturellen Aufstieg der Massen führt.

So ist es in dieser gärenden Zeit großer Ereignisse und unaufhörlichen Kämpfe eine niemals außer acht zu setzende Aufgabe der Leser und Leserinnen unserer Zeitung, die bisher noch Fernstehenden und Lässigen aufzuklären und der Dresdner Volkszeitung zuzuführen, auf daß sie zugleich Mitkämpfende werden gegen jede Ausbeutung und Bedrückung!

Dem arbeitenden Volk erweist derjenige den besten Dienst, der es sich angelegen sein läßt, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die Werbung neuer Leser der Volkszeitung tätig zu sein.

Für alle unsere Gesinnungsgenossen und Gesinnungsgenossinnen möge die Losung sein:

Neue Leser für die Volkszeitung!

In Konstantinopeler politischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß der Friedensschluß vor der Tür steht.

Nach einer amtlichen Meldung aus Cetinje hat sich Djavid Pascha mit 15 000 Mann den Serben ergeben.

Die Bulgaren wurden an der Tschataldschalinie zurückgeworfen.

Durch heftigen Sturm wurden in Amerika große Verheerungen angerichtet. Mehrere hundert Menschen sind getötet oder verletzt worden.

Der österreichisch-montenegrinische Konflikt

hat ein überraschendes Resultat gezeitigt: die Einhelligkeit Rußlands und Oesterreichs in einigen Punkten, die Montenegros Verhalten betreffen. Der österreichische, der italienische und der russische Gesandte haben im Auftrage ihrer Regierungen beim montenegrinischen Minister des Aeußern Einspruch erhoben und nachdrücklichst verlangt, daß die Zivilbevölkerung von Skutari die Erlaubnis erhalte, die Stadt zu verlassen, und daß bis zum vollzogenen Auszuge die Beschießung eingestellt bleibe.

Die montenegrinische Antwort liegt noch nicht vor, doch darf angenommen werden, daß Nikita unter dem Druck der Situation nachgibt.

Ueber den **Kampf um Skutari** und die Situation in der Stadt meldet die römische Agenzia Stefani unterm 17. März:

Bis heute wurden von den Belagerern über tausend Schrapnells in die Stadt geworfen. Viele Geschosse fielen in das Christenviertel. Die Konsuln Italiens und Oesterreich-Ungarns beriefen infolge dessen gestern eine Zusammenkunft des Konsularkorps und schlugen vor, die Gesandten der Mächte in Cetinje davon in Kenntnis zu setzen, daß das Bombardement besonders der christlichen Bevölkerung Schaden zufüge, die im Gegensatz zu den Muselmanen an den Kämpfen nicht teilnehme und auf die Militärbehörden keinen Einfluß zur Herbeiführung der Kapitulation ausüben könne. Die Konsuln Rußlands und Frankreichs stimmten diesem Vorschlag nicht zu und erklärten, daß man durch die genannte Maßnahme auf Montenegro in einem der Neutralität zuwiderlaufenden Sinne einen Einfluß ausüben würde, um es an der Ausübung seines Rechts zu hindern. Darauf fragte der italienische Konsul im Hinblick auf die Gefahren für die Bevölkerung im Falle der Einnahme der Stadt und eines Sturmes der Montenegriner, unter denen sich die Muselmanen hassende wilde Bergbewohner befinden, zugleich im Auftrage der andern Konsuln Essad Pascha, ob es ihm möglich sei, in dem Augenblick, in dem die Stadt nicht mehr zu verteidigen wäre, diese Gefahren zu verhindern. Essad Pascha antwortete, die Verteidigung sei bis jetzt intakt, er glaube nicht, daß die Stadt durch Waffengewalt fallen könne. Auf die Bemerkung des italienischen Konsuls, daß die Bevölkerung stark unter dem Mangel an Lebensmitteln leide, entwiderte Essad Pascha, er hätte gern Mais verteilen lassen, könne aber die Reservevorräte der Truppen nicht angreifen.

Montenegro und das Völkerrecht.

Rom, 24. März. Ein amtlicher Bericht über die Situation bei Skutari konstatiert, daß die Montenegriner fortgesetzt gegen das Völkerrecht verstoßen. Sie haben sogar Parlamentäre, die die Berichte der Konsuln an ihre Regierungen senden sollten, erschossen. Auch wurde das Bombardement lediglich auf die Stadt und nicht auf die Festung gerichtet. Bei der Durchlassung handelt es sich nach Berichten der Konsuln im ganzen um 200 Personen, aber trotzdem weigert sich der montenegrinische Kommandierende auf das entschiedenste.

Paris, 24. März. Der Korrespondent des Matin meldet aus Volo: Ein serbischer Hauptmann, der von Skutari kam, erklärte: Am Tage vor meiner Abreise erschien ein türkischer Sergeant, der desertiert war, in unserem Lager und gab Auskunft über die belagerte Festung. Die Türken hätten wohl noch Proviant und Munition für Handwaffen, aber keine für ihre Artillerie. Für die Kanonen besitzen sie nur noch etwa 20 Geschosse. 15 deutsche Offiziere wären in Skutari, einer derselben soll während des letzten Bombardements getötet worden sein. Die Bevölkerung ist auf Rationen gesetzt. Der Fall der Festung ist sicher innerhalb von 14 Tagen zu erwarten.

•

Der Frieden wieder einmal in Sicht!

Die Vermittlungsaktion der Großmächte ist nunmehr zum dritten Friedensvorschlag gediehen. Die Vertreter der Großmächte haben den Verbündeten folgenden Vorschlag als Grundlage der neuen Verhandlungen überreicht:

1. Die Grenze des Ottomanischen Reiches in Europa wird von Enos ausgehen, dem Laufe der Mariza, sodann dem des Ergenerflusses folgen und in Midia enden. Sämtliche westlich dieser Linie gelegenen Gebiete werden von der Türkei den verbündeten Staaten abgetreten werden, mit Ausnahme Albaniens, dessen staatsrechtliches Verhältnis und dessen Abgrenzung von den Mächten geregelt wird. 2. Die Frage der Aegäischen Inseln wird von den Mächten geregelt. 3. Die Türkei wird sich des Anspruchs auf Kreta vollständig begeben. 4. Die Mächte können sich dem Verlangen nach einer Kriegsentschädigung nicht günstig zeigen, werden aber den Verbündeten gestatten, an den Verhandlungen der internationalen Kommission in Paris teilzunehmen behufs völliger Festsetzung des Anteils an der ottomanischen Staats-